



Vom Kredit- zum Kapitalmarkt

Ein Konzept für einen starken österreichischen Kapitalmarkt

POLICY BRIEF No 4, 18. Oktober 2016

www.aufschwung-austria.at

Inhalt

Executive Summary	3
1. Überblick über den österreichischen Kapitalmarkt	4
2. Die Nachfrageseite des Kapitalmarktes	5
3. Die Angebotsseite des Kapitalmarktes	8
4. Finanzbildung.....	11

Aufschwung Austria

Aufschwung Austria ist eine Initiative, die als offene Plattform jenen eine Stimme gibt, die mit der Wirtschaftspolitik in unserem Land nicht zufrieden sind. Wir wollen mit **Aufschwung Austria** aufzeigen, dass eine wachstumsorientierte und sozial ausgewogene Wirtschaftspolitik möglich ist, ohne die Staatsschulden weiter anwachsen zu lassen. Der Staat soll die private Wirtschaft durch seine Aktivitäten unterstützen anstatt sie zu behindern. Aufgabe des Staates soll es zudem sein, Leistungen dort effizient bereit zu stellen, wo diese nicht oder in unzureichendem Umfang durch die private Wirtschaft erbracht werden.

Aufschwung Austria veröffentlicht zu ausgewählten Schwerpunktthemen Policy Briefs. Sie zeigen die Herausforderungen für den Standort Österreich auf und bieten Lösungen für zentrale Handlungsfelder einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik an.

Executive Summary

In Österreich sind die getätigten Investitionen von Unternehmen, gemessen am BIP, seit dem Jahr 2000 um rund 60% auf 5,2% gesunken.¹ Hier zeichnet sich ein langfristiger Abwärtstrend ab, der sich negativ auf die österreichische Wirtschaft auswirkt.

Der Grund für den Rückzug der Unternehmer_innen ist mannigfaltig. Auch die expansive Geldpolitik, welche von der EZB seit 2009 verfolgt wird, konnte da keine Abhilfe schaffen – und gerät daher vermehrt in Kritik. Eine Phase der Stagnation hat sich breit gemacht.

Der Kapitalmarkt ist ein Schlüssel, welcher einen signifikanten positiven Beitrag zur österreichischen Wirtschaft schaffen kann. So kann durch einen ausgebauten Kapitalmarkt das Eigenkapital von Unternehmen gestärkt und eine komplementäre Säule zum vorherrschenden Bankkredit etabliert werden – Faktoren die auch zu einer krisensicheren Wirtschaft beitragen. Deshalb ist ein funktionierender Kapitalmarkt von essentieller Relevanz.

Derzeit kann nur ein geringer Teil der Unternehmen am Kapitalmarkt partizipieren. Zudem ist die Risikokapitalfinanzierung von Start-Ups und wachsenden KMUs ohne staatliche Unterstützung oft nicht möglich, womit der größte Teil der Unternehmen nur wenige Alternativen zum Bankkredit hat. Dass der Kapitalmarkt so wenig zur Finanzierung beiträgt, senkt auch die wirtschaftlichen Wachstumsperspektiven und ist der wirtschaftlichen Stabilität abträglich.

So gilt es in Hinblick auf die **wirtschaftliche Stabilität** und dem Ausbau der Unternehmensfinanzierung hin zu **mehr Investitionen**, Konzepte für einen starken Kapitalmarkt aufzuzeigen. Ein umfassendes Konzept zum Ausbau des Kapitalmarktes muss einerseits die **Angebots- und Nachfrageseite** umfassen, aber auch die **Finanzbildung** der Gesellschaft vorantreiben und fördern.

¹ Statistik Austria, 2016, Sektorkonten

1. Überblick über den österreichischen Kapitalmarkt

Der Kapitalmarkt dient, der mittel- und langfristigen Kapitalbeschaffung von Unternehmen, Haushalten und dem Staat. Er besteht dabei aus einer Reihe von Institutionen, welche sich gegenseitig ergänzen und voneinander abhängig sind.²

Österreich ist im internationalen Vergleich mit anderen Ländern, beispielsweise den Niederlanden, Großbritannien oder USA, sehr stark von der Bankenfinanzierung abhängig. Die Begründung liegt vor allem in der historischen Entwicklung der geschaffenen Rahmenbedingungen. So wird beispielsweise das Pensionssystem in Österreich ausschließlich durch das Umlageverfahren finanziert und nicht wie im Vergleich zu den genannten Ländern auch über eine kapitalgedeckte Säule.

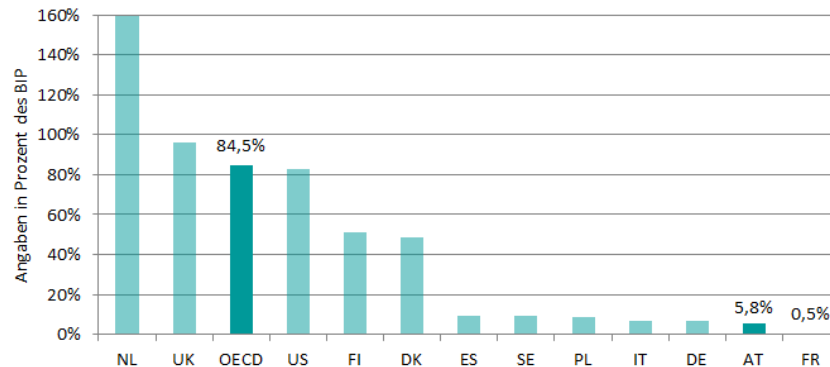


Abbildung 1: Investitionsvolumen der Pensionsfonds in % des BIP 2014³

Die Grafik verdeutlicht die oben genannte historische Entwicklung. So liegen die Investitionen der österreichischen Pensionskassen bei 5,8%, gemessen am BIP, und somit deutlich unter dem OECD Schnitt - als auch den meisten europäischen Ländern.

Daneben zeigt sich auf dem Risikokapitalmarkt ein ähnliches Bild. In Österreich flossen im Jahr 2015 0,032% des BIP als Risikokapital (Private Equity und Venture Capital) an österreichische Unternehmen – rund ein Zehntel des europäischen Durchschnitts.

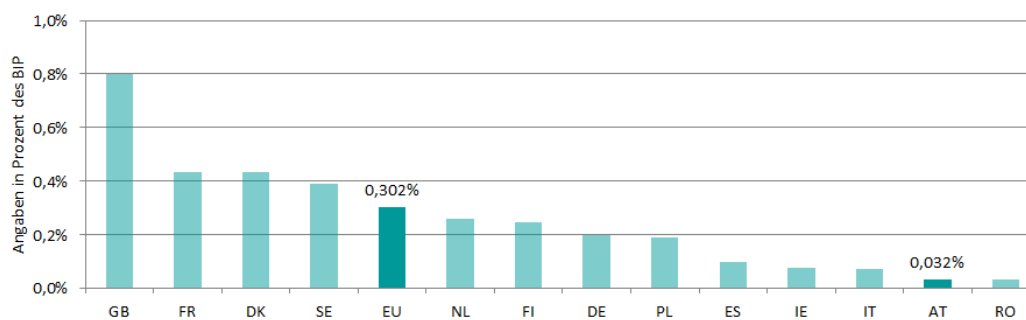


Abbildung 2: Risikokapitalinvestments in % des BIP 2015⁴

² Gischer, Herz Menkhoff, 2012, Geld, Kredit und Banken S.28

³ OECD.Stat, 2014, Latest data on funded pensions indicator

⁴ Invest Europe, 2016, PEREP_Analytics

2. Die Nachfrageseite des Kapitalmarktes

Auf der Nachfrageseite des Kapitalmarktes stehen die Haushalte, der Staat und Unternehmen. Im Nachfolgenden wird der Fokus auf die österreichischen Unternehmen gelegt, da hier nach wie vor die größten Hürden bestehen.

Unternehmensdemographie. Bei der Analyse der Unternehmensfinanzierung in Österreich ist die Demographie der Unternehmerlandschaft zu berücksichtigen. So sind 87% aller österreichischen Unternehmen Kleinunternehmen mit weniger als 10 Angestellten und rund 17% des Gesamtumsatzes. Lediglich 0,4% (1.129) Unternehmen beschäftigen hingegen mehr als 250 Personen. Umgekehrt erwirtschaften diese 35% des Gesamtumsatzes aller Unternehmen.

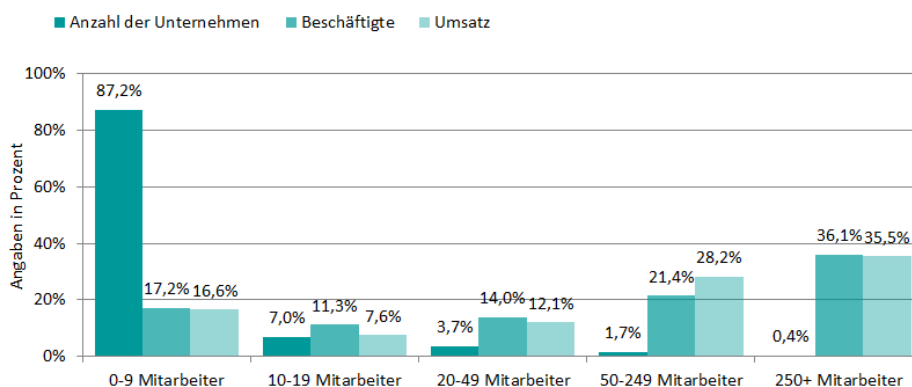


Abbildung 3: Unternehmensstruktur in Österreich⁵

Die Hervorhebung der Unternehmensdemographie ist insofern wichtig, da davon ausgegangen werden kann, dass die Unternehmensgröße einen erheblichen Einfluss auf die Unternehmensfinanzierung hat. So haben größere Unternehmen leichteren Zugang zum Kapitalmarkt, da dort größere Volumina an Finanzmitteln emittiert werden, sowie höhere Dokumentations- und Prospektspflichten bestehen. Kleinere Unternehmen haben hingegen eine höhere Präferenz für Bankkredite, sowie langfristige Beziehungen mit ihrer Hausbank.

Eigenkapital versus Fremdkapital Ein Grund für die im internationalen Vergleich geringere Eigenfinanzierung ist die steuerliche Benachteiligung von Eigenkapital in Österreich. Bei isolierter Unternehmensbetrachtung wird Fremdkapital steuerlich vorteilhaft behandelt, da Fremdkapitalzinsen absetzbar sind und somit Eigenkapital diskriminiert wird.⁶

Um jedoch beurteilen zu können, ob auch eine gesamtheitliche Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber von Fremdkapital vorliegt, muss man die gesamte Steuerbelastung, inklusive der Investorenmehrung, berücksichtigen.⁷

So ergibt sich durch die Erhöhung der KEST auf 27,5% bei Einkünften aus Kapitalvermögen⁸ seit 1.1.2016 eine erhöhte Gesamtsteuerbelastung (nach Abzug der 25%igen KÖSt) von 45,625%. Nachfolgende Abbildung veranschaulicht nochmals die steuerliche Diskriminierung von Eigen- im Vergleich zu Fremdkapital bei Kapitalgesellschaften:

	Unternehmenseite	Investorenmehrung	Gesamtbelastung
Eigenkapital	25,0%	27,5%	45,625%
Fremdkapital	0,0%	25,0% ⁹	25,0%

Abbildung 4: Gesamtsteuerbelastung – vereinfachte Darstellung

⁵ Statistik Austria, 2014, Leistungs- und Strukturdaten

⁶ So ist beispielsweise in Italien und Belgien ein fiktiver Eigenkapitalzinsabzug möglich

⁷ WIFO, 2008, Ziele und Optionen der Steuerreform, S.5ff

⁸ Betroffene Kapitalerträge: Die Erhöhung der KEST/Sonder-EST betrifft nicht nur Dividenden, sondern auch diverse Kapitaleinkünfte wie beispielsweise (Kupon-) Zinsen, Kurs- und Veräußerungsgewinne, Einkünfte aus Derivaten, Zuwendungen von Stiftungen bzw Erträge aus Investmentfonds (Ausschüttungen und ausschüttungsgleiche Erträge).

⁹ Ausnahmen stellen Privatdarlehen oder nicht verbrieft Forderungen dar, welche gemäß §27a Abs. 2 EStG 1988 der vollen Tarifbesteuerung unterliegen. Details siehe dazu im genannten Paragraphen

Aufgrund dieser Differenz in der Steuerbelastung zwischen Zinseinkünften und ausgeschütteten Gewinnen, ist die Fremdfinanzierung steuerlich attraktiver als die Eigenfinanzierung.

Um die Eigenkapitalfinanzierung zu stärken und Unternehmen krisenresistenter zu machen, ist ein Zinsenabzug für Eigenkapital notwendig, indem fiktive Eigenkapitalzinsen als Betriebsausgaben abzugsfähig sind. Daneben gilt es auch die Diskriminierung von Kapitalerträgen zu Bankzinsen wieder rückgängig zu machen.

Nötige Reformen:

- Gleichstellung von Eigen- und Fremdkapital
 - Fiktiver Eigenkapitalzinsabzug
- Gleichstellung der KEST bei Bankzinsen und Kapitalerträge
 - Aufhebung der Änderung seit 1.1.2016

Finanzierung von Start-Ups, Klein- und Mittelbetrieben. Wie eingangs erwähnt, haben Großunternehmen am Kapitalmarkt aufgrund der dort platzierten Volumina, der höheren Prospektspflichten, als auch Compliance - Kosten einen einfacheren Zugang zum Kapitalmarkt, als Start-Ups und KMUs. Im Nachfolgenden wird daher auf die Finanzierung von KMUs über Kapitalmärkte näher eingegangen.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU), worunter auch Start-Ups fallen, beschäftigen österreichweit 2 von 3 Arbeitnehmer_innen, erwirtschaften 59 Cent von jedem Euro an Wertschöpfung und tätigen die Hälfte aller Investitionen in Österreich.¹⁰ Sie bilden somit einen Großteil der österreichischen Wirtschaft ab und sind essentiell für das wirtschaftliche Wachstum.

Nichtsdestotrotz sind die Wege der Eigenkapitalbeschaffung, sowie von Fremdkapital außerhalb des Bankensystems immer noch unterentwickelt. Eine detaillierte Aufstellung der Finanzierung von KMUs liefert dazu nachfolgende Abbildung, welche aufzeigt, dass der Bankkredit bei KMUs als Außenfinanzierungsinstrument dominant ist:

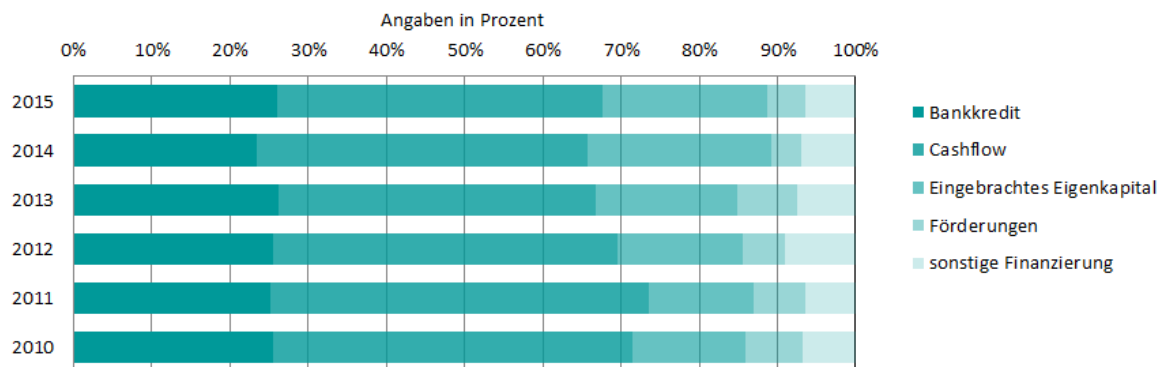


Abbildung 5: Finanzierungsübersicht von KMUs¹¹

Informationsasymmetrie Ein Hindernis für bankfremde Finanzierung ist die Informationslücke zwischen KMUs und Investoren. Insbesondere die Suchkosten halten potentielle Investoren davon ab, nicht börsennotierte Unternehmen als Anlagemöglichkeit zu erkennen und zu bewerten.

Darüber hinaus stellen auf der anderen Seite die hohen Kosten der Informationsaufbereitung für Investoren, wie beispielsweise die Prospektspflicht, eine beachtliche Hürde für KMUs dar.

¹⁰ Wirtschaftskammer Österreich, 2015, Wirtschaftskraft KMU

¹¹ Marketmind, 2015

Nötige Reformen:

- Anhebung der derzeitigen Prospektpflichtgrenze des Kapitalmarktgesetzes auf Euro 5 Millionen
 - Derzeit liegt die Prospektpflicht lt. §3 Abs 1 Z10 des KMG bei Euro 250.000

Finanzierungsphasen von Start-Ups und KMUs Schnell expandierende Unternehmen mit hohem Wachstumspotential, aber nur begrenztem Betriebskapital, können in kritischen Phasen ihrer Expansion mit Finanzierungslücken konfrontiert sein, die sich mit normalen Bankkrediten allein oft nicht schließen lassen. Neben der Seedfinanzierung, welche zumeist über Familie, Freunde oder Bekannte abläuft und Förderungen kommt vor allem dem Risikokapital in Form von Business Angels, Private Equity und Venture Capital eine tragende Rolle zu. Die nachfolgende Grafik veranschaulicht die Wachstumsphasen eines Unternehmens, sowie dessen Finanzierungsformen.

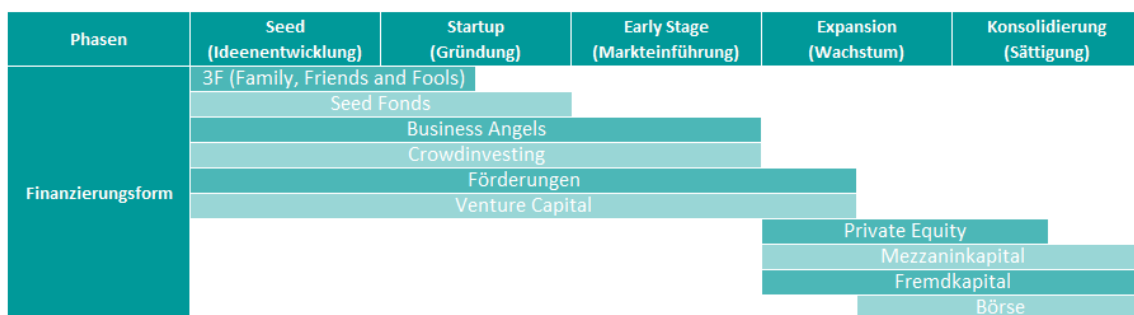


Abbildung 6: Finanzierungsphasen von Start-Ups¹²

Finanzierung über Risikokapital In Österreich ist die Anschubfinanzierung über verschiedenste Förderungen, der Seedfinanzierung, sowie Business Angels gut abgedeckt. Im Vergleich dazu fehlt es speziell bei der Anschlussfinanzierung an nötigem Risikokapital. Bei Risikokapital handelt es sich in aller Regel um langfristiges (Beteiligungs-) Kapital. In Österreich ist das Risikokapital gemessen am Bruttoinlandsprodukt weit unter dem europäischen Durchschnitt mit 0,032% was rund 108 Millionen Euro entspricht.

In den letzten Jahren wurde dieses mangelnde private Kapital sukzessive vom Staat ersetzt. In Österreich kamen im Jahr 2014 **76,6% des Risikokapitals von staatlicher Seite** – wohingegen im europäischen Schnitt der Staat lediglich 5 % bereitstellt¹³.

Um der Anschlussfinanzierung einen An Schub zu geben und damit auch zu verhindern, dass wachsende Unternehmen auf der Suche nach Risikokapital in andere Staaten abwandern sind nachfolgende Reformen notwendig, welche auf der Angebotsseite implementiert, gleichzeitig positive Auswirkungen auf der Nachfrageseite nach sich ziehen:

Nötige Reformen:

- Beteiligungsfreibetrag erhöhen
 - Anreize für private als auch institutionelle Investoren schaffen, um Risikokapital zur Verfügung zu stellen (Absetzmöglichkeit von der Einkommenssteuer)
- Herabsetzung der Mindestinvestitionsschwelle für Privatpersonen (Anlehnung an Crowdfunding-Regelungen)

¹² Grabherr, 2003, Finanzierung mit Private Equity und Venture Capital sowie eigene Ergänzungen

¹³ European Private Equity & Venture Capital Association (EVCA), 2014, European Private Equity Activity

3. Die Angebotsseite des Kapitalmarktes

Die Angebotsseite des Kapitalmarktes wird in Österreich, wie eingangs erwähnt, größtenteils von Banken dominiert. Bei der Finanzierung von Investitionen seitens der Unternehmen und Haushalte übernehmen sie die Hauptrolle, lediglich der Staat finanziert sich großteils über den Anleihenmarkt.

Das Bankwesen in Österreich Betrachtet man den Kapitalmarkt aus Sicht der Unternehmens- und Haushaltsfinanzierung, so muss man wohl eher von einem Kredit- als von einem Kapitalmarkt sprechen – so dominierend sind Banken in Österreich. Zu einem Großteil ist dies historisch sowie regulatorisch bedingt, weshalb es einer näheren Betrachtung der österreichischen Bankenregulierung bedarf.

In Österreich werden Banken im BWG¹⁴ geregelt. Ein essentieller Punkt dabei ist die weitaus breitere Gestaltung des BWG im Vergleich zur europäischen Bankenregulierung¹⁵, sodass in Österreich auch die Geschäfte jenseits des klassischen Einlagen- und Kreditgeschäfts rechtlich als Bankgeschäfte qualifiziert werden (beispielsweise das Investmentgeschäft, das Kapitalfinanzierungsgeschäft oder der Wertpapierhandel) und unter das BWG fallen. Aufgrund dieser breiter gefassten Anwendung resultieren eine Vielzahl struktureller Auswirkungen, sowie auch Fragen im Bereich der Bankenregulierung. Es hat auch zur Folge, dass die Regulierung aufgrund der unterschiedlichen Interpretation von Kreditinstituten auseinanderfallen kann (national FMA/OeNB oder international EZB). Daher kann in vielen Fällen eine übermäßige Regulierung und Aufsicht erfolgen, die wirtschaftlich nicht zweckdienlich ist.

So schafft eine Regulierung des BWG auf europarechtlichem Standard mehr Markttransparenz, mehr Wettbewerb und niedrigere Markteintrittsbarrieren zur Förderung des Kapitalmarktes.

Nötige Reformen:

- Regulierung des BWG in Richtung europarechtlicher Standards, anstelle zusätzlicher nationaler Einschränkungen

Private Investoren Um das Anlageverhalten von privaten Investoren zu verstehen, trägt es zum Verständnis bei, sich die derzeitige Vermögensaufteilung dieser anzusehen. So wurde im Jahr 2014 erstmalig im Auftrag der EZB umfangreiche Daten zur Vermögensbilanz der privaten Haushalte gesammelt.¹⁶

Neben dem Sachvermögen (Kraftfahrzeuge und Immobilien) halten österreichische Haushalte im Bereich des Finanzvermögens verstärkt zwei Subkomponenten: Giro- und Sparkonten (Bausparverträge und Lebensversicherungen). Girokonten werden mit 99,3% von fast allen Haushalten genutzt. Rund 85% der Haushalte verfügen darüber hinaus über mindestens ein Sparkonto, 49% der Haushalte über mindestens einen Bausparvertrag und 38% der Haushalte über mindestens eine Lebensversicherung.

Des Weiteren halten 4% der Haushalte Anleihen, 5,4% Aktien und 10% Investmentfonds. Die Anteile steigen zwar mit dem Einkommen, sie überschreiten aber selbst bei Haushalten mit hohem Nettovermögen kaum die 30% Marke.¹⁷ Im Vergleich dazu halten in Europa 7% der Haushalte Aktien, 18,3% Anleihen und 20% Fonds.¹⁸ In stark ausgebauten Kapitalmärkten wie den USA, halten knapp 50% der Haushalte Aktien.¹⁹

Die niedrigen Anteile beim Finanzvermögen an Anleihen, Aktien und Fonds sind vor allem im Hinblick auf die Zielsetzung mehr Eigen- und Risikokapital zu mobilisieren und somit die

¹⁴ Bankwesengesetz

¹⁵ Stern, 2016, ZFR 2015/159 (Zeitschrift für Finanzmarktrecht)

¹⁶ Fessler, Lindner, Schürz, 2014, Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2014

¹⁷ Idem S. 25

¹⁸ EZB, 2013, The Eurosystem Household – Finance and Consumption Survey

¹⁹ Keuschnigg, Kogler, 2016, Finanzplatz Österreich, S. 40

Kapitalmärkte auszubauen eine Herausforderung. Die Gründe dafür sind unter anderen auf nachfolgende Punkte zurückzuführen:

- Teilnahme am Kapitalmarkt ist mit Gebühren als auch zeitlichem Aufwand verbunden (bspw. Kursbeobachtung)
- Geringe Finanzbildung
- Transaktionskosten beim Kauf von Anleihen, Aktien und Fonds hemmen vor allem Haushalte mit geringem Finanzvermögen, da erst ein größeres Portfolio genügend Einnahmen generiert, um diese abzudecken.

Die Forschung zur Finanzbildung, auch „Financial Literacy“ genannt, zeigt auf, dass bessere Finanzkenntnisse sich signifikant positiv auf die Teilnahme am Kapitalmarkt auswirken.²⁰

Neben der Finanzbildung ist eine verstärkte Förderung der Mitarbeiterbeteiligung ein Instrument, um den Kapitalmarkt zu stärken und private Investoren näher an den Kapitalmarkt heranzubringen. Derzeit beträgt der steuerfreie Sachbezug laut §3 Abs 1 Z15 EStG 1988 lediglich 1.460 Euro.

Nötige Reformen:

- Finanzbildung wie unter Punkt 4 gefordert, gezielt und verstärkt ausbauen
 - Sensibilisierung für Anlagemöglichkeiten
- Wegfall der KEST auf Kapitalanlagen ab einer Behaltdauer von 5 Jahren
 - Anreize um hier Vermögen im Bereich Kapitalmarkt aufzubauen
 - Förderung von langfristiger Veranlagung in der Realwirtschaft
- Mitarbeiterbeteiligung. Anhebung des steuerfreien Sachbezuges (dzt. 1,460 Euro)
- Beschränkung der Investition bei Crowdfunding Projekten von derzeit 5,000 Euro bzw. 2 Bruttomonatsgehälter hinaufsetzen.

²⁰ Van Rooij, Lusardi, Alessie, 2011, Financial Literacy and Stock Market Participation, Journal of Financial Economics 101, 449-472

Institutionelle Investoren Institutionelle Anleger gelten im Sinne des §58 WAG - als professionelle Kunden, welche über ausreichend Erfahrung, Kenntnisse und Sachverstand verfügen, um Anlageentscheidungen selbst zu treffen. Dazu zählen Kreditinstitute, Wertpapierfirmen, Versicherungsgesellschaften, Pensionsfonds, große Unternehmen und der Staat.

Insbesondere stellen dabei Pensionsfonds und Versicherungen wichtige Institutionen dar. Sie dienen dazu, Risiken - wie Arbeitslosigkeit, Unfälle, Krankheiten, Invalidität und Alter abzudecken. In Österreich geschieht das grundsätzlich über die gesetzliche Sozialversicherung, nur darüber hinausgehende individuelle Bedürfnisse werden dabei durch private Zusatzversicherungen abgedeckt. In Österreich verwaltet der Pensions- und Versicherungssektor im Jahr 2015 Aktiva von 41,3% des BIP und ist im internationalen Vergleich als klein einzustufen – der europäische Durchschnitt liegt mehr als doppelt so hoch bei rund 88%.

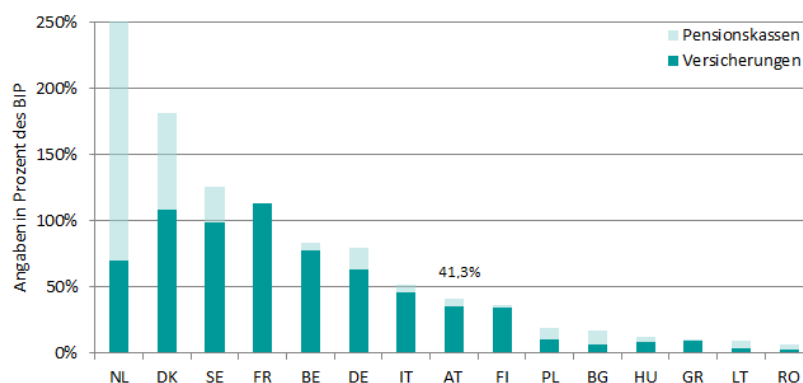


Abbildung 7: Größe des Versicherungs- und Pensionssektors in % des BIP²¹

Ein Grund für die geringe Ausprägung in Österreich stellt die Organisation der Alterssicherung nach dem Umlageprinzip dar. Da die Altersvorsorge über die staatliche Pensionsversicherung erfolgt, fallen private Ersparnisse und Vermögen zu einem großen Teil weg und Pensionskassen, als auch Versicherungen fallen als große institutionelle Anleger am Kapitalmarkt größtenteils weg. Im Vergleich dazu haben Länder wie beispielsweise Schweden, Dänemark, Niederlande oder die Schweiz ihr Pensionssystem auf eine Mehrsäulenstrategie umgestellt, welches das Umlageverfahren um ein kapitalgedecktes Verfahren ergänzt und somit auch mehr Anlagekapital am Kapitalmarkt verfügbar ist.

Ein Ausbau des österreichischen Pensionsystems um eine kapitalgedeckte Säule hat insofern zwei positive Aspekte:

- Mehr Anlagekapital, unter anderem am österreichischen Kapitalmarkt
- Risikodiversifizierung, da das Pensionssystem auf mehreren Beinen steht

Die komplementäre Ergänzung des Umlageverfahrens um eine kapitalgedeckte Säule ist daher ein zentraler Bestandteil um den Kapitalmarkt zu stärken.

Nötige Reformen:

- Umlageverfahren um eine kapitalgedeckte Säule erweitern

²¹ Eurostat, 2015, Sektorkonten, Quartal 4 bezogen auf die Aktiva der Vermögensbilanz

4. Finanzbildung

Geld spielt im täglichen Leben eine wichtige Rolle - ob in seiner Form als Zahlungsmittel, als Wertmaßstab oder als Wertbewahrungsmittel. Man bedient sich seiner Funktion auf verschiedenste Weise, indem man beispielsweise Kredite aufnimmt, investiert, spart, kauft, verkauft oder anlegt, um nur einige zu nennen.

Angesichts der steigenden Lebenserwartung und des zukünftig unsicheren Pensionssystem erscheint es notwendig, dass sich die heutige Gesellschaft und gezielt die jüngere Generation sich bewusster mit dem Umgang mit Geld auseinandersetzt. Es geht darum, generell nachhaltigere persönliche Finanz- und Investitionsentscheidungen zu treffen.

Das es um die elementare Finanzbildung in Österreich schlecht bestellt ist, zeigt eine Studie der Österreichischen Nationalbank auf:²²

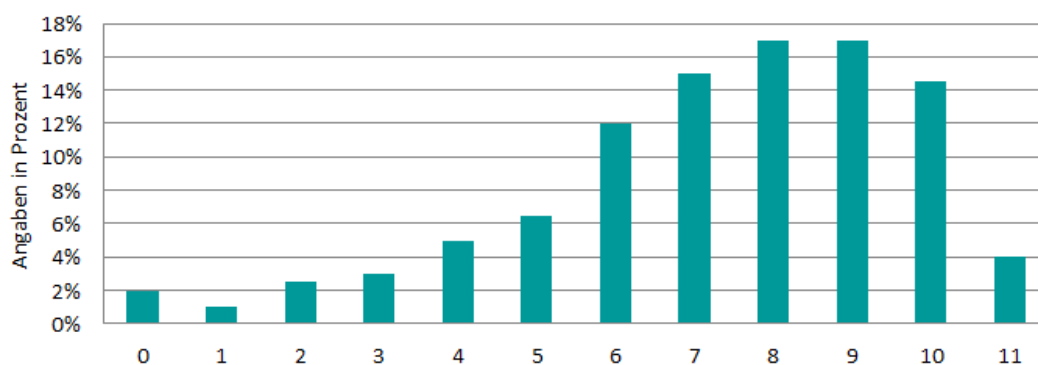


Abbildung 8: Anteil der Befragten, die x Fragen richtig beantworten konnten

Die Umfrageergebnisse bestätigen weitgehend, was frühere Untersuchungen in anderen Ländern bereits gezeigt haben: Selbst relativ grundlegende wirtschaftliche Begriffe wie Inflation, Zinseszinsen, Risikostreuung oder die Auswirkungen von Wechselkursschwankungen werden von vielen nicht verstanden.²³ Legt man die Ergebnisse auf die Schulbildung um, so zeigt sich, dass vor allem Personen mit einem Pflichtschulabschluss unterdurchschnittlich abschnitten – die Finanzbildung steigt mit dem Bildungsstand.

Verankerung der Finanzbildung im Unterricht Die schlechte Finanzbildung in Österreich sollte Anlass geben, entsprechende Verbesserungen in diesem Bereich zu erzielen. So wird in vielen Ländern Europas bereits an der Umsetzung einer nationalen Strategie zur Integration finanzwirtschaftlicher Bildung gearbeitet. ²⁴ Federführende Nationen, wie beispielsweise die Niederlande oder Großbritannien, haben bereits seit Jahren Strategien entwickelt um die Finanzbildung in der Gesellschaft zu stärken.

In Österreich ist keine explizite nationale Strategie angedacht, wie eine Studie der OECD aufzeigt²⁵, jedoch gibt es vereinzelte Initiativen, welche sich um den Aufbau von Finanzwissen bemühen. Neben privaten Anbietern, welche ein kommerzielles Interesse an der Sache verfolgen²⁶, sind vor allem die Österreichische Nationalbank, sowie die Wirtschaftsuniversität Wien treibende Kräfte, wenn es um Finanzbildung geht.²⁷

Finanzwissen spielt, wie eingangs erwähnt, eine zentrale Rolle in unserer Gesellschaft, wenn es um den bewussten Umgang mit Geld geht. Deshalb ist es notwendig, dass hier der österreichische Staat eine klares Bekenntnis zur Finanzbildung ablegt und diese im Unterricht verstärkt integriert.

²² OeNB, 2015, Statistiken, Daten und Analysen

²³ OeNB, 2015, Statistik, Daten und Analysen, S. 42 Details zum Fragebogen

²⁴ OECD, 2016, Financial Education in Europe

²⁵ OECD, 2015, National Strategies for Financial Education, S. 4

²⁶ Wie beispielsweise www.finanzfit.eu

²⁷ OeNB und WU Wien unterschrieben am 30. März 2016 eine Kooperationsvereinbarung, welche die Finanzbildung weiter vorantreiben soll

Begriffe wie Inflation, Zinsen, Zinseszinsen und Auswirkungen von Wechselkursschwankungen sollen zukünftig von allen Pflichtschulabgängern beherrscht werden. Wie eingangs erwähnt muss es das Ziel sein, dass die Gesellschaft das Wissen besitzt, um nachhaltige Finanz- und Investitionsentscheidungen treffen zu können. So wird damit auch präventiv die private Überschuldung bekämpft und die Gesellschaft hat mehr Optionen und Wissen über eine entsprechende Altersvorsorge, als auch den Aufbau von Vermögen.

Nötige Reformen:

- Integration und Forcierung von Finanzbildung im Unterricht
 - Beginn in der Sekundarstufe, da vor allem Pflichtschulabgänger_innen ein hohes Defizit aufweisen
 - Adaption der Lehrunterlagen im Fach Geographie und Wirtschaftskunde
- Finanzausbildung der Lehrer_innen
 - Curriculare Verankerung bei der Lehrer_innenausbildung
 - Bestehende Fortbildung der Lehrer_innen entsprechend adaptieren

Finanzbildung für Unternehmer_innen Gleichzeitig bedarf es neben einer Integration der Finanzbildung im Schulwesen auch einer verstärkten Finanzausbildung der Unternehmer_innen. 51% der Insolvenzen im Jahr 2015 lässt sich auf interne Managementfehler zurückführen.²⁸ Fehlende Planung, falsche Kalkulationen – kurzum ein Fehlen des kaufmännischen Weitblicks, waren der Hauptgrund für die Hälfte aller Insolvenzen im vorigen Jahr.

Eine fundierte Finanzausbildung für Unternehmer_innen in Österreich bringt zwei positive Effekte mit sich:

- Senkung des Insolvenzrisikos
- Steigerung der Bonität bei Bankkrediten

Neben einer Senkung des Insolvenzrisikos steigt mit einer besseren Finanzausbildung auch die Bonität der Unternehmen bei Krediten, da zur Beurteilung dieser neben quantitativen Faktoren auch qualitative, wie Managementqualität und Risikomanagement zählen.

Nötige Reformen:

- Finanzbildung der Unternehmer_innen stärken
- Unternehmen besser über Schulungsangebote informieren
- Unternehmerführerschein an allen Schulen aktiv bewerben und gratis anbieten
 - Gleichzeitig wird somit die Finanzbildung von Unternehmer_innen gestärkt
 - Kosten des Unternehmerführscheins auf 0 Euro senken

²⁸ KSV, 2016, Presseaussendung <https://www.ksv.at/insolvenzursachen-2015>